

Simonis, Udo E.

## Article

Wir brauchen einschneidende Maßnahmen: "Metall"-Interview mit Professor Udo Ernst Simonis über Energiesteuern und den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft

Metall: Das Monatsmagazin der IG Metall

**Provided in Cooperation with:**  
WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Simonis, Udo E. (1989) : Wir brauchen einschneidende Maßnahmen: "Metall"-Interview mit Professor Udo Ernst Simonis über Energiesteuern und den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, Metall: Das Monatsmagazin der IG Metall, Union-Dr. u. Verl.-Anstalt, Frankfurt, M, Vol. 41, Iss. 16, pp. 8-9

This Version is available at:  
<http://hdl.handle.net/10419/122609>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

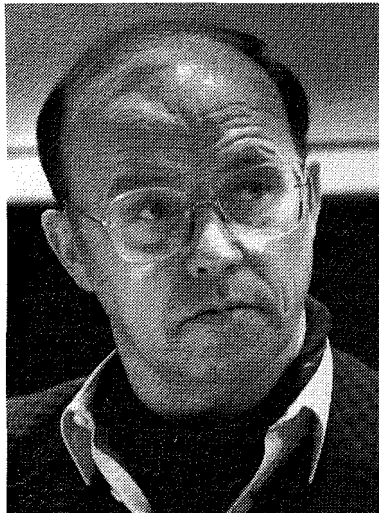
---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

# „Wir brauchen einschne

Ozonloch, Klimakatastrophe, Chemische Zeitbombe: Umweltschützer befürchten den ökologischen Notstand. Die IG Metall will den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zu einer umweltfreundlichen und rohstoffschonenden Produktionsweise. Auch in den Parteien setzt sich zunehmend die Einsicht durch, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Über den Weg aus der Ökokrise wird allerdings gestritten. Die SPD-Arbeitsgruppe „Fortschritt 90“ setzt auf marktwirtschaftliche Lösungen. Der Energieverbrauch soll mit Ökosteuern belastet und dadurch eingeschränkt werden. Über die Wirkung von Energiesteuern sprach METALL mit Professor Udo Ernst Simonis, Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft in Berlin.



Professor Udo Ernst Simonis: Arbeit weniger besteuern

**METALL:** In dem Zwischenbericht der SPD-Arbeitsgruppe „Fortschritt 90“ soll der ökologische Umbau der Industriegesellschaft vor allem durch die Belastung des Energieverbrauchs mit höheren Steuern erreicht werden. Bringen denn Energiesteuern überhaupt etwas?

**Simonis:** Energie ist ein allgemein verwendeter Rohstoff in fast allen Produktionsprozessen und bei fast allen Produkten. Sie zu besteuern ist also sowohl vom fiskalischen Gesichtspunkt her – also wie bekommt der Staat die nötigen Steuermittel – als auch vom ökologischen Gesichtspunkt her naheliegend, weil von nahezu jedem Energieeinsatz die Umwelt belastet wird.

**METALL:** Nun wird aber höheren Energiesteuern entgegeng gehalten, daß sie vor allem die kleinen Leute belasten und sozial ungerecht seien.

**Simonis:** Das kann in der Tat ein Problem sein, da man ja auf Energie auch angewiesen ist. Es müssen daher Vorkehrungen getroffen werden, daß man die möglichen negativen Auswirkungen von Ökosteuern auf die Einkommens- und Vermögensverteilung verhindert.

**METALL:** Hieße das zum Beispiel, die Arbeit weniger zu besteuern und die Lohnsteuern beziehungsweise Lohnnebenkosten zu senken?

**Simonis:** Ja, genau. Das haben Professoren vor Jahren schon vorgeschlagen und detailliert durchgerechnet. Der Vorschlag der SPD sieht darüber hinaus vor, daß man die bisherige Kfz-Steuer, die der Autofahrer ja nicht beeinflussen kann, abschafft und durch eine verbrauchsabhängige Energiesteuer ersetzt. Wer ein großes Auto fährt und damit rast, wird steuerlich bestraft; wer ein kleines Auto kauft und langsam fährt, wird steuerlich belohnt.

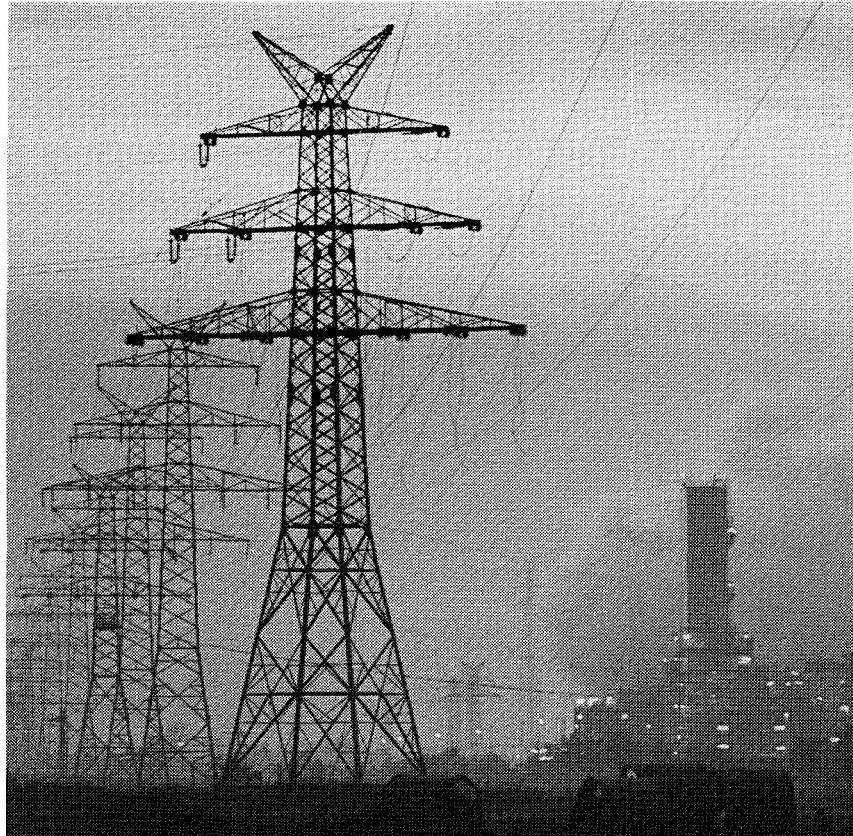
**METALL:** Der Strom kommt bekanntlich „aus der Steckdose“, und der Verbraucher kann nicht entscheiden, ob er umweltfreundlich oder in „Dreckschleudern“ erzeugten Strom abnimmt. Wird mit der Energiesteuer nicht der Verbraucher bestraft, und die wirklichen Verursacher der Um-

**„ Mit Steuern oder Abgaben das Umweltproblem anzugehen, sollte eigentlich attraktiv sein. “**

weltverschmutzung kommen ungeschoren davon?

**Simonis:** Es kommt darauf an, wie man diese Energiesteuer ausgestaltet. Wenn es bedeuten würde, daß man den Atomstrom außen vor läßt, weil die Atomkraftwerke kein Schwefeldioxid ausstoßen, wäre das natürlich ein großer Fehler, weil man dann Strom nicht einsparen und munter neue Atomkraftwerke bauen würde. Generell muß man aber sagen, daß nicht nur der Stromproduzent, sondern auch der Stromkonsument ein Umweltverschmutzer ist – der eine mehr, der andere weniger – und zur Kasse gebeten werden muß.

Mit Steuern oder Abgaben das Umweltproblem anzugehen, sollte eigentlich attraktiv sein. Bisher macht die Umweltpolitik der Industrie Auflagen in Form von Grenzwerten und technischen Standards. Das ist von der Industrie Seite immer wieder attackiert worden als zu schematisch und bürokratisch. Von daher gesehen sollte die Industrie einer Steuer- und Abgabenlösung im



Industriellandschaft im Giftnebel: Umweltverschmutzer zur Kasse bitten

Grunde wohlwollend gegenüberstehen. Das ist allerdings noch nicht der Fall.

**METALL:** Wie kann der Verbraucher die Produzenten beeinflussen, umweltfreundlich und rohstoffsparend Energie zu erzeugen?

**Simonis:** Nehmen wir doch noch einmal den Autofahrer als Verbraucher. Der hat ja heute eigentlich keine Möglichkeit, über die Kfz-Steuer einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Er muß je nach Land eine PS-Steuer oder eine Hubraumsteuer zahlen, egal wie oft und wie schnell er fährt. Das wäre völlig anders, wenn man eine Steuer einführt, die den Benzinverbrauch erheblich teurer macht als bisher, dafür aber die PS- beziehungsweise die Hubraumsteuer abschafft. Der Autofahrer als Konsument von Benzin und Produzent von Luftschadstoffen könnte durch sein eigenes Verhalten – langsamer fahren, weniger fahren – den Umweltschutz ein Stück voranbringen.

**METALL:** Viele Arbeitnehmer auf dem flachen Land können ihren Arbeitsplatz nur mit dem Auto erreichen. Ist da eine höhere Benzinsteu- der Weisheit letzter Schluß? Zumal die SPD ja auch die Kilometerpauschale erhöhen will und damit der Druck auf das Portemonnaie wieder weg wäre. Wäre es nicht besser, den

öffentlichen Personennahverkehr auszubauen?

**Simonis:** Drei Antworten darauf: Wenn man es ernst meint mit dem Umweltschutz, kommen wir an einschneidenden Maßnahmen und damit auch an einer Energiesteuer nicht vorbei.

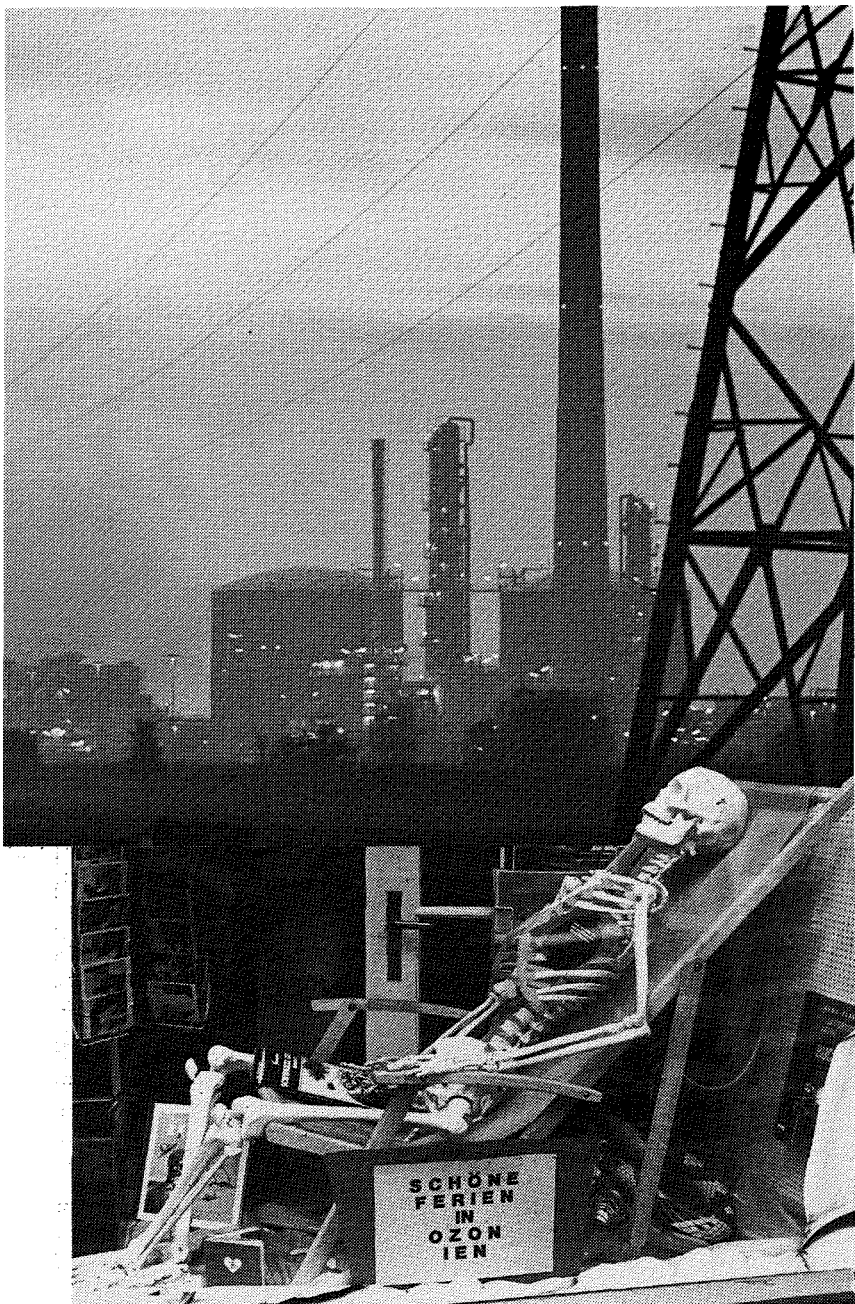
Zweitens: Es muß dafür gesorgt werden, daß der, der in der Stadt wohnt, durch eine ökologische Steu-

**„ Die Alternative zum Auto ist nun mal der öffentliche Personenverkehr. Der muß ausgebaut, nicht reduziert werden. “**

erreform insgesamt keine finanziellen Vorteile erhält gegenüber dem, der auf dem Land wohnt.

Drittens: Die Alternative zum Auto ist nun mal der öffentliche Personenverkehr. Der muß ausgebaut, nicht reduziert werden, wie die Bundesbahn und der Verkehrsminister in ihrer ökologischen Blindheit das geschehen lassen. Und natürlich brächte ein Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs auch viele zusätzliche Arbeitsplätze.

# idende Maßnahmen"



Aktion gegen Ozonloch: Die Menschheit verhält sich wie ein Selbstmörder

**METALL:** Noch einmal die Frage nach den sozialen Auswirkungen einer Ökosteuer: Wie ist das mit den Mietern, die in schlecht isolierten Wohnungen wohnen? Wie können die Energie sparen, ohne im Winter zu frieren? Wenn Strom-, Gas- oder Heizölsteuer erhöht werden, müssten die Mieter doch die Rechnung für die Ökosteuer bezahlen, ohne daß der Umwelt geholfen wäre.

**Simonis:** Damit sprechen Sie zwei unterschiedliche Probleme an. Die Ökosteuer, die den Heizenergiebedarf betrifft, ist nach allen konkreten Vorschlägen, die ich kenne, niedrig im Vergleich zur Miete und zum Einkommen. Sie muß allerdings so hoch

sein, daß eine Senkung des Energieverbrauchs tatsächlich bewirkt wird, weil es sonst ja nicht zu einer Entlastung der Umwelt kommt. Im Heizungsbereich wird aber ohne Zweifel zuviel Energie verschleudert.

Und nun zum zweiten Problem: Es ist die Pflicht der Vermieter und auch des Staates, die bau- und heiztechnischen Standards in bezug auf die Verringerung des Energieverbrauchs zu verbessern. Die Mieter sollten daran beteiligt werden, aber nicht dafür zahlen müssen. Mit einer Ökosteuer allein kann man das Umweltproblem insgesamt nicht lösen, wie dieses Beispiel anschaulich zeigt. Die Umweltpolitik der Zu-

kunft muß insofern eine Mischung von Qualitätsstandards einerseits und eines neuen Steuersystems andererseits sein.

**METALL:** Gerade der Energiesektor ist in Monopolen organisiert. Die Produzenten und Verteiler könnten aufgrund ihrer Monopolstellung eine Energiesteuer möglicherweise auf die Verbraucher abwälzen.

**Simonis:** Die Strompreise sind ja staatlich reguliert. Eine Preiserhöhung muß jeweils von dem zuständi-

„ Mit der Ökosteuer allein kann man das Umweltproblem nicht lösen. “

gen Minister genehmigt sein. Daß der Minister über die Einführung von Ökosteuern, die ja zum Energie-sparen anregen sollen, den Strom-giganten neue und zusätzliche Profit-möglichkeiten eröffnet, ist zwar nicht auszuschließen, aber doch eher unwahrscheinlich.

Bisher aber war es so: Mit Hinweis auf die hohen Investitionen in die Atomtechnik, die nicht auf Energieeinsparung, sondern auf Energieausweitung abzielt, wurden immer wieder Strompreiserhöhungen ministeriell genehmigt. Nun steigen unsere Stromgiganten aus Wackersdorf aus, und sie „schwimmen im Geld“. Schon kaufen sie andere Industrien wie einen Gemischtwarenladen auf, was angesichts der ihnen staatlich eingeräumten Monopolstellung ordnungspolitisch äußerst dubios ist. Hier ist das Bundeskartellamt gefordert.

**METALL:** Sind nicht staatliche Vorgaben für umweltfreundlichere Produktionsverfahren, also zum Beispiel Ausstieg aus der Atomenergie und Förderung der Kraftwärmekoppelung, notwendig?

**Simonis:** Ökosteuern sollen zur Senkung des Umweltverbrauchs und zur Reduzierung der Umweltbelastung beitragen, sie sollen zu umweltfreundlicherem Verhalten anregen. Sie können aber eine demokratisch kontrollierte Techniksteuerung nicht ersetzen. Über umweltfreundliche oder umweltschädliche technische Standards, über humanverträgliche oder krankmachende Grenzwerte wird in zahlreichen, einflußreichen Expertenkreisen, in „technischen Herrenklubs“ entschieden. Und diese Entscheidungen fallen in aller Regel unter Ausschluß der Öffentlichkeit, insbesondere unter Ausschluß der Arbeitnehmer. Wenn der „ökologische Umbau der Indu-

striegesellschaft“ gelingen soll, ist das ein heißes Eisen, das man anpacken muß.

**METALL:** Folgt dem vielen Reden in den „Herrenklubs“ nicht zuwenig Handeln?

**Simonis:** Ganz sicherlich. Aber Umweltpolitik muß auch den Demokratietest bestehen. Man muß jeweils um den besten Weg ringen – was allerdings das Problem mit sich bringt, daß bestimmte Entscheidungen zu lange dauern können.

**METALL:** Die öffentliche Diskussion wird in letzter Zeit bestimmt von Begriffen wie „Ozonloch“, „Chemische Zeitbombe“ und „Klimakatastrophe“. Was muß getan werden, um den ökologischen Notstand zu verhindern?

**Simonis:** Wir müssen die qualitativen Anforderungen an unsere Technik und unsere Produkte ständig erhöhen. Die heutige Diskussion macht sich immer fest an dem Kampf um einen bestimmten Grenzwert, der dann „festgeschrieben“ wird. Wir müssen aber, wenn die Industriegesellschaft eine Zukunft haben soll, bereit sein, die laufende Verschärfung der Grenzwerte, die generelle Verbesserung der technischen Standards zum Ziel zu erklären. Die Industriegesellschaft muß sich also im umfassenden Sinne „dynamisie-

„ Wenn der „ökologische Umbau der Industriegesellschaft“ gelingen soll, ist das ein heißes Eisen, das man anpacken muß. “

ren“, das heißt, nicht nur laufend mehr Produkte und Technologien auf den Markt werfen, sondern diese auch und besonders auf ihre ökologische und soziale Verträglichkeit testen.

**METALL:** Wie realistisch ist es, diese Ziele zu erreichen? Der US-Wissenschaftler Dennis Meadows meinte in einem Interview, gegenüber der Umweltkatastrophe verhalte sich die Menschheit wie ein Selbstmörder. Es habe keinen Sinn mehr, mit jemandem zu argumentieren, wenn er bereits aus dem Fenster gesprungen sei.

**Simonis:** Die Frage ist, wo der „Selbstmordkandidat“ sich befindet und was er gerade tut. Es ist in vielen Fällen gelungen, scheinbar „ausichtsreiche“ Kandidaten umzustimmen. Wenn die Menschheit noch „im Fenster steht“, dann ist es vielleicht doch möglich, sie zu retten.

Interview: Dieter Staadt